

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Pettzelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

An die Jungmänner der christlichen Gewerkschaften!

Rüstet zum Jugendtreffen in Essen!

Am 5. und 6. September dieses Jahres treffen sich in Essen die Jungmänner der christlichen Gewerkschaften zu einer eindrucksvollen Kundgebung und zu ersten Beratungen. Als vor einiger Zeit das Hohenshurgtreffen aus Gründen mannigfacher Art abgejagt werden mußte, wurde das allseitig bedauert. Nunmehr hat die christliche Gewerkschaftsjugend ihren Tag. An Euch liegt es nun, ihm nach innen und außen zu einer eindrucksvollen Wirkung zu verhelfen, an der die Deutlichkeit und die älteren Kollegen ablesen können, daß auch in der Jugend der christliche Gewerkschaftsgedanke festen Fuß gefaßt hat, daß Sinn und Wesen desselben neue schöpferische Kräfte auslöst, die im Geiste der Väter an der Standwerdung der Arbeiterschaft weiterzuarbeiten gewillt und in der Lage sind. Nach den Gottesdiensten am Morgen findet um 10 1/2 Uhr im großen Saale des Städtischen Saalbaues eine wichtige und kurze Kundgebung statt, in der die Kollegen Otte und Kaiser vom Gesamtverband zu Euch sprechen werden, und die unrahmt wird von der Gesangskunst des rühmlichst bekannten Chores der Essener christlichen Metallarbeiter. Der Nachmittag wird Euch dann zu einigen frohen Feiertunden im Waldtheater des Stadtwaldes vereinigen. Wendet Euch wegen der Programme, die zum Eintritt berechtigen, an Euren Verband oder Euer Kartell. In diesem Sonntag sollt Ihr alle dabei sein, nicht nur aus der nahen Umgebung, sondern auch aus den anderen Ecken unseres deutschen Vaterlandes. In der Aussprache-

tagung am Montag im Kruppsaal des Städt. Saalbaues werden Eure Vertreter teilnehmen, die von den Verbänden und Kartellen zu benennen sind. Hier sollt Ihr Euch frei und ungezwungen aussprechen über Eure Sorgen und Nöte. Es wird verhandelt werden die Not der erwerbslosen Jugend und wie ihr abzuwehren ist, die Strömungen in der Jugendbewegung und unsere Stellung zu ihnen, sowie über die Führung in der Jugendbewegung.

Alle miteinander müßt Ihr Euren Stolz darein setzen, am Sonntag das Treugelöbnis für die christliche Gewerkschaftsidee abzulegen. In diesem Bekennnistage darf keiner zu Hause bleiben. Rüstet schon jetzt zu dieser Feier. Rüstet Eure schlafenden Kameraden auf. Spart für die Fahrt. Etliche können ein gutes Stück Wegs zu Fuß zurücklegen. Bringt Wimpel und Mandoline mit, wenn Ihr welche habt. Und nun an die Werbearbeit! Ihr müßt keine jugendfrohen und standesbewußten Jungen sein, wenn Ihr nicht alles daran setzen wolltet, die Kundgebung in Essen, Eure Kundgebung, so machtvoll zu gestalten, daß Ihr selbst noch lange davon mit Begeisterung und die anderen mit höchster Achtung und Bewunderung sprechen werden.

Auf Wiedersehen in Essen!

J. A.: Albert Vogt,
Jugendleiter des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften.

Milliarden Mark gezahlt. Wir müssen uns klar sein, daß Löhne und Gehälter auf der einen und die Beiträge zur Sozialversicherung auf der anderen Seite als eine einheitliche Leistung der Wirtschaft angesehen werden müssen. Die Annahme, daß in Deutschland Staat, Wirtschaft und Volk besser fahren würden, wenn, anstatt 37 Milliarden Mark Löhne und Gehälter und daneben Beiträge zur Sozialversicherung, 39,5 Milliarden Mark an Löhnen und Gehältern ohne Sozialversicherung gezahlt würden, wird wohl nur von wegzurechnen werden. Dann können die 2,5 Milliarden Mark auch nicht als „Sonderlast der Wirtschaft“ angeprochen werden. „Die Sozialversicherung vereinigt in sich“, wie in einer Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums ausgeführt wird, — wenigstens zum überwiegenden Teil — die frühere gesetzliche Fürsorge der Unternehmer, die eigene Fürsorge der Arbeiter und die Fürsorge der öffentlichen Verbände. Die Sozialversicherung ist öffentlich-rechtlicher Spatzwang zur Erhaltung von Gesundheit und Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung und zugleich Risikoausgleich im Falle der Krankheit und des Unfalles, der Berufsunfähigkeit und Invalidität, der Mutterschaft und des Todes. Ohne die Sozialversicherung ist die Lebensführung der Arbeiterschaft und der Angestellten im innersten Kern gefährdet. Infolge der Sozialversicherung hebt sich die gesamte körperliche und sittliche Lebenshaltung des Teiles der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft in abhängiger Stellung verwendet. Die Sozialversicherung setzt eine lebensfähige Wirtschaft voraus; sie ist aber zugleich die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt.

Die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung wird sofort von den Arbeitnehmern aufgebracht. Schließlich werden durch die Sozialversicherung die Staats der Gemeinden für Wohlfahrtszwecke und Armenlasten um mehrere hundert Millionen Mark jährlich verringert, die ohne Sozialversicherung durch allgemeine Steuern aufgebracht werden müßten.

Sieht man die Sache so, dann schrumpfen die 2,5 Milliarden Mark schon auf kaum 1 Milliarde Belastung der Wirtschaft zusammen.

Es ist überhaupt falsch, die Sozialversicherung für sich allein zu betrachten und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft begründen zu wollen. Dafür spielt die Sozialversicherung eine nur winzige Rolle. Viel entscheidender scheint mir folgendes zu sein:

1. Die Steuerpolitik eines Landes.

In Deutschland läßt die Steuerpolitik zwischen Reich, Ländern und Gemeinden noch viel zu wünschen übrig. Wir haben heute in Deutschland noch manche produktionshemmenden Steuern, die es abzubauen gilt. Im ganzen zahlt der deutsche Unternehmer nicht mehr Steuern wie der englische und amerikanische, und wie sie demnach auch der französische Unternehmer bezahlen muß. Der amerikanische und englische Arbeiter dagegen zahlt im allgemeinen weniger Steuern als sein deutscher Kollege.

2. Weiter ist wesentlich als die Sozialversicherung für die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft die

Organisation des Staates.

In Deutschland könnten ohne Zweifel durch eine grundlegende Vereinfachung der Verwaltung im Reich, Ländern und Gemeinden mindestens 1-1,5 Milliarden R., also mehr, wie die Wirtschaft für die Sozialversicherung im eigentlichen Sinne aufbringen muß, eingespart werden. Die organisierte Wirtschaft soll diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuwenden und wird dabei einen großen Teil der deutschen Arbeiterschaft auf ihrer Seite finden.

3. Schließlich ist für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidender als die Sozialversicherung eine

Zweckmäßige Organisation der Wirtschaft und der einzelnen Betriebe.

Heute ist Amerika, ein Land mit viel jüngerer Kultur als Europa, der europäischen Wirtschaft auf vielen Gebieten überlegen. Das Entscheidende in dem amerikanischen Vorsprung scheint mir ein Dreifaches zu sein:

- a) Die größere Aktivität des amerikanischen Unternehmers im Vergleich zu seinem europäischen Kollegen;
- b) die grundsätzlich andere Einstellung der amerikanischen Wirtschaftsführer, die ausgeht von dem Gedanken: niedrige Preise, hohe Löhne! Der Typ des deutschen Unternehmers dagegen ist angewachsen in der Vorstellung, daß es der deutschen Wirtschaft am besten geht bei niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit. Niedrige Preise und hohe Löhne sind nur möglich bei Massenabfabrik. Massenabfabrik aber sowohl wie auch Qualitätswarenerstellung haben zur Voraussetzung ein kaufkräftiges Publikum. Heute sind 70 Proz.

Sozialversicherung und Volkswirtschaft

Das häßliche Wort von der Soziallast will aus der öffentlichen Diskussion nicht verschwinden. Die Unternehmer behaupten nach wie vor, es sei an eine Gesundung unserer Wirtschaft nicht zu denken, wenn nicht die „Soziallast“, womit in echter Linie gemeint sind die Aufwendungen für die Sozialversicherung, herabgesetzt würde. Sie kommen von dem alten Fehler nicht los, die Sozialversicherung als „Ding an sich“ zu betrachten, und meinen dann Wunder was für ihre Aufbringung bewiesen zu haben, wenn sie auf die absolute Höhe dieser Aufwendungen hinweisen. In Wirklichkeit bildet die Sozialversicherung eine untrennbare Einheit mit den Löhnen. Und weiter muß sie in dem Zusammenhang mit unserem gesamten wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Leben gesehen werden. Diese Gedanken erneut wirkungsvoll in die öffentliche Diskussion zu bringen, ist das Verdienst unseres Kollegen Stegerwald. Auf dem vom 11. bis 13. Juli d. J. in Dortmund abgehaltenen 10. Kongress des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen führte er in großartigster Rede zu dem hier in Frage stehenden Thema u. a. aus:

Das Charakteristische der deutschen Sozialversicherung besteht darin, daß ein großer Teil des deutschen Volkes zwangsweise zur Aufbringung von Mitteln für soziale Versicherungszwecke angehalten wird. Der Gedanke, sich gegen Krankheit, für den Todesfall usw. zu versichern, ist alt. Kein Land der Welt aber umfaßt heute ähnliche Massen von Versicherten und gewährt einem so großen Bruchteil seiner Bevölkerung Renten aus Versicherungsanstaltungen wie Deutschland. In Deutschland sind gegenwärtig an 19 Millionen Menschen gegen Krankheit versichert, für die jährlich über 1,1 Milliarden Mark an Beiträgen aufgebracht werden und wovon jährlich etwa die Hälfte der Versicherten, nämlich 10 Millionen Menschen, in 200 Millionen Krankentagen unterstützt werden. Gegen Invalidität sind in Deutschland an 17 Millionen Menschen versichert, für die jährlich über 700 Millionen Mark an Beiträgen und Reichszuschüssen aufgebracht werden, wovon 1,6 Millionen Invaliden, 200.000 Witwen und 1,3 Millionen Säuglinge unterstützt werden. Die Angestelltenver-

sicherung umfaßt zwei Millionen Menschen. Für sie werden jährlich 200 Millionen aufgebracht, wovon gegenwärtig 80.000 Renten gewährt werden, deren Verdoppelung man in wenigen Jahren erwartet. Die Unfallversicherung zählt 23 Millionen Versicherte, wovon auf Industrie und Gewerbe 9,1 Millionen und nahezu 14 Millionen auf die Landwirtschaft, darunter viele Millionen selbständige Landwirte, entfallen. Gegenwärtig laufen in Deutschland rund 600.000 Verletztenrenten und 120.000 Hinterbliebenenrenten, wofür die Unternehmer rund 200.000 Millionen Mark aufzubringen haben. Den deutschen Knappschaftsklassen gehören 800.000 Mitglieder an, für die jährlich etwa 350 Millionen Mark aufgebracht werden, wovon ohne die Leistungen in Krankheitsfällen 320.000 Renten, und zwar überwiegend Witwen- und Hinterbliebenenrenten, gewährt werden. Es müßten also in Deutschland im Jahre 1925 über 2,5 Milliarden Mark für die Sozialversicherung aufgebracht werden, aus denen über 14 Millionen Menschen bei Krankheit, Invalidität, Unfall, Alter usw. Zuwendungen erhalten. Nimmt man noch die Arbeitslosen, die Kriegsheilbeschädigten und die pensionierten Beamten dazu, dann haben im Jahre 1925 in Deutschland weit über 20 Millionen Menschen Zuwendungen aus öffentlichen Einrichtungen erhalten. Es wird daher gegenwärtig die Frage ventiliert: ob wir nicht auf dem Gebiete der Sozialversicherung und im Rentenwesen die Grenze des für die gesamte Volkswirtschaft Erträglichen längst überschritten hätten.

Diese Frage gilt es zu untersuchen. Das ist nicht sehr leicht. Dabei spielen materielle Fragen, die Organisation der Volkswirtschaft eines Landes, die Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Arbeiterschaft eines Landes im Vergleich zu anderen Konkurrenzländern, psychologische und seelische Fragen eine entscheidende Rolle. Unter solchen Umständen kann an eine Untersuchung über Sozialversicherung und Volkswirtschaft in Deutschland nur sehr „relativ“ herangegangen werden.

Deutschland leistet also jährlich 2,5 Milliarden Mark für seine Sozialversicherung.

An Löhnen und Gehältern werden in Deutschland auf Grund von Schätzungen aus der Lohnsteuer etwa 37

des deutschen Volkes Gehalts- und Lohnempfänger, und solange diese nicht hinreichend leistungsfähig sind, fehlen die ausreichenden Voraussetzungen für Massenabnahme und den Abfall von Qualitätswaren. Auf diesem Gebiete kommen die deutschen Wirtschaftsführer und Unternehmer um eine geistige Umstellung nicht herum.

c) Eine weitere Voraussetzung für den amerikanischen Vorprung auf mancherlei Gebieten scheint mir das dortige bessere harmonische Verhältnis der Menschen

zueinander zu sein. Herr Dr. Lust, ein sehr tüchtiger Deutscher, der gegenwärtig am Weltwirtschaftlichen Institut in Kiel tätig ist und lange Jahre in Amerika gelebt hat, schreibt darüber in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“: „Aber die Frage ist doch heute in Deutschland viel weniger die, ob acht oder neun Stunden gearbeitet werden soll, als vielmehr: ob Arbeit genug vorhanden ist, um die Arbeiter auch nur 48 Stunden in der Woche beschäftigen zu können. Hier ist offenbar etwas grundsätzlich falsch in unserem System; die Fabriken können nicht arbeiten, da die Konsumkraft fehlt.“ Dann fährt Lust fort: „Unsere Produktion leidet vor allem an dem maßlosen Haß der einzelnen Schichten und Klassen untereinander. Niemand ist das produktiv, weder im großen noch im Kleinen. Es geht ein Moment der passiven Resistenz durch unsere ganze wirtschaftlich arbeitende Bevölkerung, nicht nur durch die Arbeiter, sondern auch durch die Angestellten. Und daß diese passive Resistenz sich heute tief ins Unterbewußtsein eingegraben hat und sozusagen wechselläufig wirkt, macht die Sache nicht besser. Diese tiefgegriffene Verbitterung, Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit, hindert die Arbeitslust, schmälert die Freude an der Verwirklichung der eigenen Arbeit, erhöht das letzte künstlerische, initiale Element in jeder Arbeit. Dieses geistlos mechanische unserer Produktion schlägt einem überall entgegen, wir haben deshalb keine Ausfuhr in hochwertigen Konsumgütern. Das Problem, vor dem wir hier stehen, ist ein sozial-ethisches und nicht wesentlich ein materielles. Man jagt sich Jeder jagt sich in lange Arbeitsstunden und schlechte Bezahlung, wenn er sieht, es geht eben nicht anders, und keiner hat es besser. Was aber jeder verlangt und mit Recht verlangen kann, das ist Gerechtigkeit und das Bewußtsein, Teil eines Ganzen zu sein, das zweckvoll und klug geleitet wird und an dessen Resultaten er selbst wieder Anteil haben wird. Der Mensch folgt der Führerpersonlichkeit, die seinem eigenen Leben Wert und Sinn zu geben vermag.“

Der deutsche Unternehmer ist gewachsen in einer Periode, in der in Staat und Kaiserhof Subordination Krampf war. Und dieser Subordinationsgeist hat sich auch auf die Wirtschaft und die einzelnen Betriebe fortgepflanzt. Diese politischen Dinge sind für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft eines Landes von fundamentaler Bedeutung, sie sind für die Produktivität der Wirtschaft entscheidender wie die Frage: ob bei rund 40 Milliarden Mark Gehalts- und Lohnsumme sowie Beiträgen zur Sozialversicherung eine Milliarde Mark mehr oder weniger angewendet werden soll. Das ist wenigstens richtig und längere Sicht gesehen. Im Augenblick muß man natürlich auch auf augenblickliche Verhältnisse Rücksicht nehmen.

4. Endlich ist für die Volkswirtschaft eines Landes die Erziehung des Volkes für einen zweckmäßigen Konsum

ebenfalls sehr viel wichtiger als der Streit um einige hundert Millionen Mark Mehrleistungen der Sozialversicherung.

Die Notwendigkeit der Sozialversicherung wurde seit her jedem vielfach schon begründet. Man hört nicht selten, das einzige was verbliebene wirtschaftliche Gut, nämlich die menschliche Arbeitskraft, müde erhalten oder wiederhergestellt werden. Wir würden uns schon wundern und vor lauter Hunger nicht mehr in der Lage sein zu solchen sentimentalischen Redensarten, wenn uns wirklich nichts anderes verblieben wäre als unsere Arbeitskraft, wenn wir also nicht außer zum großen Teil ausgezeichneter Produktionsmittel, unsere technischen Erfindungen, unsere Diamantwerke und auch noch drei Viertel unserer früheren Augenmarktes hätten. Auch ist es nicht richtig, die Sozialversicherung bloß mit der Produktivität der Wirtschaft durch Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitskraft begründen zu wollen. Ebenso bedenklich für die Sozialversicherung ist die Konsumkraft. Das große Wirtschaftsprüfung, das sich mit Übernahme der Produktivität infolge der gewaltigen unabweislichen und notwendigen Rationalisierung noch steigert, und das auch der heutigen Krise zugrunde liegt, ist ja gar nicht: wie stellen wir genügend Güter her?, sondern: wie schaffen wir genügend Absatz?

Wie schaffen wir genügend Absatz?

Die Frage des Absatzes ist die große, alle anderen Probleme überragende Frage der Wirtschaft von heute und morgen. Unsere heutige Krise ist mehr eine Geschäftskrisis als eine Wirtschaftskrisis. Das geht aus dem folgende daraus hervor, daß

1. auch in denjenigen Gewerben, die zweifellos blühen, starke Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist;
2. die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden immer noch weit größer ist, als wie sie im Verhältnis zu den doch fast ausschließlich blühenden Verhältnissen der Vorkriegszeit sein dürfte;
3. heute noch mehr als halbjähriger Krise bei fast ununterbrochener Arbeitslosigkeit die Konsumsfiguren außerordentlich abnehmen und
4. die Preise sich noch immer nicht der Konsumkraft im weitesten Umfange als vor dem Anbruch der Krise anpassen. Der Sinn einer Krise ist aber, das auseinandergeratene Verhältnis zwischen Konsumkraft und Preisen durch Herabgehen der Preise wieder in Einklang zu bringen.

Der Erhaltung und Steigerung der Konsumkraft fällt also eine andere, letztlich auch die Wirtschaft fördernde

Beurteilung der sozialpolitischen Maßnahmen insgesamt und der Sozialversicherung im besonderen zu. Denn die Sozialversicherung erhält nicht nur die Arbeiter als Konsumenten, und das in einer Zeit, wo der Rückgang im Bevölkerungswachstum und damit im Wachstum der Konsumkraft infolge der Einschränkung der Geburtenzahl in einer für Wirtschaft und Kultur gefährlichen Weise zurückgeht, für die Wirtschaft aber auch gefährlich wegen des Ausfalles von genügenden Konsumenten. Nun bleibt aber die Kaufkraft, die in den Beiträgen für die Sozialversicherung enthalten ist, nicht untätig in den Versicherungskassen oder in den Händen der Versicherten, sondern sie geht dort sofort in Nachfrage um, mag sich nun diese Nachfrage nach Lebensmitteln oder nach ärztlichen Diensten oder nach Arzneien oder nach Krankenhäusern, Heilstätten, Invalidenheimen konkretisieren. Wenn es also richtig ist, daß wir für die Sozialversicherung jährlich 2,5 Milliarden ausgeben, so ist davon volkswirtschaftlich gesehen, noch nicht mal ein Pfennig „weggeworrenes Geld“, sondern es sind Beträge, die genau so gut ausgegeben werden und Nachfrage erzeugen und dadurch der Wirtschaft wieder zugeführt werden, als wenn die Beträge, aus denen sie bestehen, nicht geleistet worden wären; denn auch in diesem letzten Falle wären jene Beträge doch auch irgendwie von den Unternehmungen oder den Unternehmern oder den Arbeitnehmern ausgegeben worden und hätten natürlich auch dadurch volkswirtschaftlich irgendwie anregend gewirkt. Der Unterschied ist allerdings der, daß diese 2,5 Milliarden jetzt von anderen, nämlich den Sozialversicherten und ihren Angehörigen, zu teilweise anderen wirtschaftlichen Zwecken ausgegeben werden, als für die sie ausgegeben sein würden, wenn sie bei denen verblieben wären, von denen sie herrühren.

Mit dieser letzten Betrachtung der Dinge kommen wir zur Kernfrage, die sich in E. aus diesem Thema ergibt. Und die lautet nicht so, ob die Sozialversicherung die Volkswirtschaft so, wie diese heute ist, hemmt oder fördert, sondern vom menschlichen, sittlichen, kulturellen Standpunkte aus weit entscheidender:

Wird durch die Sozialversicherung die Volkswirtschaft ihrem Zwecke dienbarer gemacht oder entfremdet?

Die Beantwortung dieser Frage hat die Anerkennung des Prinzips zur Voraussetzung, daß die Volkswirtschaft, wie überhaupt alle wirtschaftliche Tätigkeit, nicht Selbstzweck ist, sondern die Aufgabe hat, der Erhaltung der Kultur und Bildung der Menschen zu dienen. Ueber die Anerkennung dieses Prinzips brauchen in diesem Kreise weiter keine Worte verloren zu werden. An dieser Stelle brauchen aber auch darüber keine langen Ausführungen gemacht zu werden, daß innerhalb unseres Volkes nicht nur ein kleiner Kreis von Menschen auf ein wirtschaftliches und kulturell gehobenes Dasein Anspruch erheben kann, sondern daß, ausgehend von unserer christlichen Auffassung, jeder Mensch eine Seele hat, die zur Kultivierung und Bildung bestimmt ist.

Die Erfahrung lehrt nun, daß die individual-kapitalistische Wirtschaft zwar ungeheure Mengen von Gütern heranzuführen, daß sie, nach der Produktionsseite hin betrachtet, in der Lage ist, die gesamte Menschheit mit einem solchen Maße von Gütern der gedachten Art zu versorgen, daß, von der Produktionsmöglichkeit aus gesehen, niemand Not zu leiden braucht. Die Erfahrung lehrt aber auch, daß dieses Wirtschaftssystem hinsichtlich der vorhin genannten höchsten Aufgabe, nämlich der tatsächlichen Versorgung aller Menschen mit diesen Gütern, außerordentlich schlecht funktioniert. Diesem System ist es einerlei, ob Hunderttausende oder Millionen von Menschen trotz der reichen Fülle der Erzeugung und trotz der heute gar nicht mehr übersehbaren Erzeugungsmöglichkeiten sterben und verderben. Sie ist ein außerordentlich schlechter Verteiler des von ihr erzeugten oder erzeugbaren Reichtums. Diese ganz unvollkommene Verteilung einigermaßen zu rektifizieren, d. h. dafür zu sorgen, daß auch noch der letzte Mann, der arme Mann, der kranke Mann, der invalide Mann, die Wöchnerin, die Säuglinge etwas abbekommen, und sei es auch nur soviel, daß sie ihr Leben erhalten oder ihre Arbeitskraft wiederherstellen können, das ist der Sinn, wie vieler anderer Maßnahmen des Staates und der Gewerkschaften, so auch vor allem der Sozialversicherung.

Und damit ist die Sozialversicherung — wenn auch in engen Grenzen — geradezu eine Eingebung der modernen Wirtschaft.

Denn sie wird die moderne Wirtschaft, wenn auch nicht genügend, so doch wenigstens in einem gewissen Maße ethisiert und menschenwürdig gemacht. Gewiß, es darf keinen Augenblick geleugnet werden, daß die Sozialabgaben aus der Wirtschaft herrühren (wie ebenbürtig verhalten werden darf, daß sie in die Wirtschaft zurückfließen) und daß sie nicht mehr der Wirtschaft entnommen werden können, wenn es keine Wirtschaft mehr gibt. Aber mit der Anerkennung dieser Tatsache ist bei weitem nicht anzuerkennen, daß alles das, was heute Anspruch darauf erhebt, zur Wirtschaft gezählt zu werden, durchaus rentabel sein muß und in gleichem Umfange begehren bleiben muß, wie es heute ist, und keinesfalls in seiner weiteren Ausdehnung gehemmt werden darf. Im Gegenteil. In der heutigen Wirtschaft gibt es eine große Anzahl von Unternehmungen, und wird ein großer Teil von Arbeitskraft, Material und Geldkapital zwecken dienbar gemacht, die mit der Förderung wirtschaftlichen Wohlstandes der Allgemeinheit, mit der Erhöhung von Kultur und Bildung nichts zu tun haben, ihr im Gegenteil sogar abträglich sind. Hierzu kommt, daß durch ein Zuschüttern der Gründungs-willigkeit jährlich Milliarden in Unternehmungen gesteckt werden, mit denen man nachher gerade unter dem Gesichtspunkte der Rentabilität nichts anzufangen weiß. Diese beiden Gesichtspunkte werden auch — freilich viel-schwerer — von gewissen Kreisen des Unternehmertums anerkannt, nämlich von allen denen, die

dem Sparen das Wort reden. Wird aber in unserem Volke richtig gepart, d. h. werden in ihm die Bedürfnisse in der richtigen Reihenfolge ihres Wertes für

Kultur und Bildung

befriedigt und wird dementsprechend auch vernünftig produziert, dann ist unser Volk nicht nur in der Lage, die heutigen Sozialkassen aufzubringen, sondern es könnte noch weit darüber hinaus den materiellen und geistigen Wohlstand heben.

Aber, wie gesagt, das kapitalistische System kommt zu dieser Ordnung der Dinge aus sich heraus nicht; denn es beruht auf einer anderen Wertung der Bedürfnisse, nämlich der geldlichen Wertung. Wenn nun die Sozialversicherung für ihren Bereich die andere Wertung der Bedürfnisse mit staatlicher Autorität durchsetzt, so handelt sie damit im Sinne einer höheren Lebens-, aber auch einer höheren Wirtschaftsauffassung. Daraus ergibt sich grundsätzlich,

daß die Wirtschaft sich den Erfordernissen der Sozialversicherung und der Sozialpolitik überhaupt anzupassen hat, und daß es nicht umgekehrt sein darf.

Wenn wir uns nun in der heutigen Wirtschaft, die so sehr über die Schwere der Sozialkassen klagt, umsehen, so finden wir, daß sie nicht nur gedeiht, sondern daß gerade jene Äste und Zweige am Wirtschaftsstamme eine besondere Lebhaftigkeit entfalten, die mit der Versorgung unseres Volkes mit notwendigen und wahre Kultur fördernden Dingen nur wenig oder gar nichts zu tun haben. Daraus ist gewiß nicht nur herzuleiten, daß wir nur eine wilde Produktion haben, sondern auch, daß wir weitgehend einem unüberlegten, wilden Konsum frönen. Aber es ergibt sich doch auch die weitere Einsicht, daß die Lasten der Sozialversicherung noch weit davon entfernt sind, dem Stamme des Wirtschaftsstammes und seinen edlen Ästen und Zweigen den nötigen Saft zu nehmen. Demgegenüber sind wir leider noch weit davon entfernt, den Sozialversicherten das zukommen zu lassen, was man ihnen als christlicher Kulturmenschen zuerkennen muß, und deshalb wird nach wie vor daran gearbeitet werden müssen, die Wirtschaft und Sozialversicherung so zu gestalten, daß bei verbesserter Wirtschaft und verbesserter Konsum eine bessere Versorgung der Millionen, besonders jener, für die ein Versicherungsfall eintritt, ermöglicht wird.

Produktive Erwerbslosenfürsorge und Baugewerbe in Baden

Das Land Baden, als Grenzland, hat seit Beendigung des Krieges immer unter Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt. Nur in der Zeit der angenehmen Inflation, in den Jahren 1921, insbesondere aber im Jahre 1922, verschwand die Arbeitslosigkeit fast völlig. Im Jahre 1923/24 insbesondere aber im Jahre 1925/26, trat die Arbeitslosigkeit in einem Ausmaße auf, wie sie in der badischen Geschichte nie gekannt wurde. Am 15. Dezember 1923 wurden im Lande Baden 65 902 unterstützte Vollerwerbslose gezählt. Diese Zahl ging im Jahre 1924 und 1925 langsam zurück. Mitte des Jahres 1925 schwankte im Lande Baden die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen um die 10 000 herum. Vom Monat Oktober 1925 an nahm die Zahl der Erwerbslosen von Woche zu Woche in erschreckendem Maße zu. Sie stieg bis Ende Februar 1926 auf rund 84 000, um in den späteren Wochen nur langsam zu weichen. Anfang Juni betrug die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen rund 67 400, der erhoffte weitere Rückgang der Arbeitslosigkeit trat im Monat Juni nicht ein. Im Gegenteil, gegen Ende Juni wurde die Zahl von 70 000 wieder erreicht.

Unter den unterstützten Vollerwerbslosen befanden sich vom Spätjahr 1925 an auch ziemlich viele Baufacharbeiter und Bauhilfsarbeiter. Nachstehende Statistik gibt hierüber am besten Auskunft. Im badischen Baugewerbe erhielten vollerwerbslose Bauarbeiter Erwerbslosenunterstützung:

am 1. Dezember 1925	1465
1. Januar 1926	4991
1. Februar 1926	6711
1. März 1926	5462
1. April 1926	3556
1. Mai 1926	2849
1. Juni 1926	2541

Während man sich behördlicherseits in den Jahren 1921 und 1922 zur Behebung des Mangels an Baufacharbeitern mit der Frage der Umschulung von Bauhilfsarbeitern zu Baufacharbeitern abmühte und während im Jahre 1925 noch einige ausländische (hauptsächlich österreichische) Bauarbeiter ins Land geholt wurden, sind gegenwärtig, im hohen Sommer, noch mehr Bauarbeiter arbeitslos als anfangs des Jahres 1921 im Lande Baden überhaupt Erwerbslose vorhanden waren. Ein Zeichen, wie kraft gegenwärtig unsere Wirtschaft ist.

Nun war nun auch im Lande Baden bemüht, für die unterstützten Erwerbslosen sogenannte Notstandsarbeiten zu schaffen. Es ist dieses in der Vergangenheit und in der Gegenwart im beschränkten Umfange gelungen. Nach dem Geschäftsbericht des Ministeriums des Innern für die Jahre 1913 bis 1924 kamen im Lande Baden vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1924 insgesamt 855 Maßnahmen als Notstandsarbeiten durch die Landesbehörden zur Förderung. Die Ausführung der geförderten Arbeiten erfolgte in der Regel durch die Gemeinden. Neben diesen Maßnahmen förderten im Jahre 1925 die öffentlichen Arbeitsnachweise Badens noch 571 Notstandsarbeiten. Bei allen diesen Arbeiten sollen über 3 Millionen Tagewerke geleistet worden sein.

Zeit der im vorigen Herbst eingetretenen Zunahme der Arbeitslosigkeit wird der Durchführung von Notstandsarbeiten wieder ein größeres Augenmerk zugewendet.

Das, was auch in unseren Reihen verlangt wird: statt Unterstützung zu gewähren, die Erwerbslosen mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen, läßt sich, soweit öffentliche Arbeiten in Betracht kommen, nur in beschränktem Umfang ausführen, und zwar weil 1. mit demjenigen Betrag, der für die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung benötigt wird, keine Arbeiter mit Tariflöhnen und den erforderlichen Materialkosten finanziert werden können, 2. ein großer, aus der Textil-, Maschinen-, Tabak-, Nahrungsmittel- u. s. w. Industrie kommender Teil der Erwerbslosen bei den Kulturarbeiten — Straßen- und Kanalarbeitsarbeiten und sonstigen Tiefbauarbeiten —, welche in der Regel als Notstandsarbeiten ausgeführt werden, nicht verwendet werden können, weil sie sich für solche Arbeiten nicht eignen.

So kommt es, daß in den letzten Monaten im Lande Baden von der großen Zahl der unterstützten Erwerbslosen nur etwa 10 Prozent bei Notstandsarbeiten beschäftigt wurden. Soweit festgestellt werden konnte, stammt der größte Teil der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter aus dem Baugewerbe. Wären keine Notstandsarbeiten ausgeführt worden (in Baden sollen seit letztem Spätjahr über 500 Maßnahmen mit mehr als 1 Million Tagewerke als Notstandsarbeiten anerkannt worden sein), wäre kaum ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eingetreten, wie aus der obigen Zahlenangabe zu ersehen ist. Man kann ruhig annehmen, daß im Lande Baden gegenwärtig mehr als 4000 Bauarbeiter bei Notstandsarbeiten beschäftigt zu werden. Die Notstandsarbeiten erhalten daher für unseren Beruf eine besondere Bedeutung. Wir haben uns deshalb auch dafür eingesetzt, daß die Entlohnung nach dem für das Baugewerbe geltenden Tarif erfolgt. Vielfach geschieht dieses auch. Es gibt aber auch, besonders bei denjenigen Notstandsarbeiten, bei denen Erwerbslose aus anderen Berufen beschäftigt werden, Notstandsarbeiter, die nach einem anderen Tarif (Gemeindearbeiter u. s. w.) oder auch unter Tarif entlohnt werden.

Das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge bringt es mit sich, daß nur solche Erwerbslose bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden, die vor ihrer Zuweisung durch den Arbeitsnachweis mindestens 14 Tage in Arbeitslosigkeit gestanden haben müssen. Wegen dieser Voraussetzungen nicht vor, erhält der Träger der Notstandsarbeit (in der Regel die Gemeinde) keine Förderung. Die Förderung von Notstandsarbeiten erfolgt derart, daß dem Träger der Notstandsarbeit aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge ein verlorener Zuschuß, in der Regel in Höhe der ersparten Erwerbslosenunterstützung, gewährt wird. Bei Arbeiten, die mehr als 2000 Tagewerke umfassen, gewährt auf Antrag das Land aus Reichs- und Landesmitteln noch ein entsprechendes gering verzinsbares Darlehen. Die Förderung bemißt sich nach der Zahl der von den Notstandsarbeitern geleisteten Tagewerke.

Die Mittel, die für die Durchführung von Notstandsarbeiten aufgewendet werden, sind beträchtlich. Man schätzt den Betrag, der in Baden seit Spätjahr 1925 für die Durchführung von Notstandsarbeiten aufgewendet wurde, auf mindestens 12 Millionen Mark, wovon auf die Erwerbslosenfürsorge etwa 2,5 Millionen Mark entfallen, während Reich und Land etwa 6 Millionen aufgebracht haben. Den Rest hatte die Gemeinde aufzubringen.

Die Mittel, die für die Durchführung von Notstandsarbeiten aufgewendet werden, sind beträchtlich. Man schätzt den Betrag, der in Baden seit Spätjahr 1925 für die Durchführung von Notstandsarbeiten aufgewendet wurde, auf mindestens 12 Millionen Mark, wovon auf die Erwerbslosenfürsorge etwa 2,5 Millionen Mark entfallen, während Reich und Land etwa 6 Millionen aufgebracht haben. Den Rest hatte die Gemeinde aufzubringen.

Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms

Aufbringung von 700 Mill. Mark durch Anleihen — Auslandsbeteiligung nicht ausgeschlossen

Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, insoweit es sich um Reichsmittel handelt, zunächst aus dem außerordentlichen Etat 400 Millionen Mark zur Verfügung. Nach den Ergebnissen der Beratungen der ministeriellen Kommission sind außerdem für die Arbeitsbeschaffung zurzeit folgende Beträge als erforderlich angesehen worden, über die gelegentlich im einzelnen bereits berichtet wurde:

Inbetriebnahme der Reichsbahn	100 Mill. M.
Zur Vollenendung angefangener Bahnbauten	10 "
Für die Arbeiten der Reichspost aus den 150 Mill. ein noch aufzubringender Rest von dazu:	50 "
Für geplante Hochbauten weitere Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verwendung für werbende Anlagen um	100 "
Ausbau der Wasserstraßen	35 "
Für Arbeiterwohnungen	30 "
Für Sanierungsarbeiten	15 "
Wohnungsbau	200 "
Summa: 600 Mill. M.	

Bei Beschaffung dieses auf insgesamt 1000 Mill. Mark veranschlagten Betrages scheiden zunächst die 110 Millionen der Reichspost aus, die von dieser wie die vorhergehenden 70 Millionen auf dem Kreditbewerkschaft werden. Hinsichtlich der 200 Millionen für den

Am 7. August 1926 ist der zweiunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

Wohnungsbau scheint festzustehen, daß sie durch dreijährige Schahanweisungen des Reiches gedeckt werden. Wenn bezüglich der verbleibenden rund 700 Millionen der Anleihe weg beschritten werden soll, ist es selbstverständlich, daß hierüber und besonders über den Zeitpunkt einer Anleihe in solchem Ausmaße eingehende Erwägungen unter Zuziehung der Reichsbank und der Privatbanken notwendig sind. Als selbstverständlich kann von vornherein gelten, daß man keineswegs einen solchen Betrag in vollem Ausmaße unmittelbar aus dem Markt zu ziehen versuchen wird. Man wird sicherlich etappenweise nach sorgfältigster Prüfung des dafür günstigsten Zeitpunkts vorgehen. Auch wird — wie wir erfahren — keineswegs der Gedanke von der Hand gewiesen, für die Aufbringung Auslandskapital heranzuziehen.

Wenn man daneben bedenkt, daß die vorgesehene Beteiligung der Länder einen weiteren erheblichen Betrag ausmacht, so muß zugegeben werden, daß das Vertrauen der Regierung sowohl in die Wirksamkeit und den Erfolg ihrer Pläne wie auf die Kapitalkraft und die Zuversicht des deutschen Volkes ein weitgehendes ist. Die Reichsregierung läßt sich dabei wohl in erster Linie darauf, daß ihr Programm für den Einsichtigen klare Richtlinien und eine gegliederte Disposition erkennen läßt, nach der mit den aufgewendeten Beträgen neben einer Beseitigung der bestehenden Erwerbslosigkeit auch die Mittel zu einer erweiterten Produktion und neuer produktiver Werte geschaffen werden.

Leber die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms sei noch mitgeteilt, daß die Verhandlungen bezüglich der Reichsbahnausträge zum Abschluß gelangt sind. Bezüglich der Wasserstraßen liegen die Dinge nicht ganz so günstig, hier kann der Bau erst beginnen, wenn zwischen dem Reich und den Ländern die Verträge über die Aufbringung der Kosten abgeschlossen sind. Man hofft aber auch hier, im Herbst mit den Arbeiten am Mittellandkanal beginnen zu können. Die für diese Arbeiten zunächst erforderlichen Mittel werden vom Finanzminister zur Verfügung gestellt werden, während die Frage, ob etwa eine besondere Mittellandkanalanleihe auszugeben werden soll, noch nicht entschieden ist. Die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens haben sich inzwischen auch über die Art geeinigt, wie der verstärkte Bau von Landarbeiterwohnungen, der auch einen Teil des Projektes für die Arbeitsbeschaffung bildet, ausgeführt werden soll. Das Reich stellt für diesen Zweck im laufenden Rechnungsjahr einen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung; auch die Aufbringung des Landesanteils ist als gesichert anzusehen. Beabsichtigt ist der Bau von 25000 Landarbeiterwohnungen, von denen nach Möglichkeit 10000 noch in diesem Haushaltsjahre erstellt werden sollen. Durch diese Beschaffung von Wohnungen, die für deutsche Landarbeiter geeignet sind, sollen zunächst vor allem die ausländischen Arbeiter entbehrlich gemacht werden, die auch im Winter in den deutschen landwirtschaftlichen Betrieben verbleiben.

Die Durchführung des allgemeinen Wohnungsbauprogramms ist hingegen noch nicht so weit vorgeschritten, wie man es wünschen müßte. Während bei den Zentralstellen die nötigen Vorarbeiten bereits geleistet sind, zeigen sich bei den Ländern und den örtlichen Instanzen, denen die Finanzierungsfrage obliegt, noch einige Schwierigkeiten, deren Beseitigung aber in kurzer Zeit zu erhoffen ist. So hat Sachsen den Weg der Anleihe für die Finanzierung seiner Wohnbauten bereits beschritten, und die übrigen Länder und Kommunen dürften demnächst folgen.

In den Fragen der sonstigen produktiven Erwerbslosenfürsorge ist das Reich bestrebt, den Gemeinden durch Gewährung von Darlehen nach Möglichkeit Erleichterungen zu schaffen, um diese Arbeiten nutzbar zu machen für den Straßenbau und die landwirtschaftliche Bodenverbesserung.

Im allgemeinen hat sich das Zusammenarbeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden als durchaus fruchtbar erwiesen, so daß man von einem guten Anfang der Durchführung des gewaltigen Planes sprechen kann — meint die „Industrie- und Handelszeitung“, der wir diese Mitteilungen in der Hauptsache entnehmen. Hoffentlich behält sie recht. Wir haben nicht in allem den gleichen günstigen Eindruck.

Nebenverdienst und Erwerbslosenfürsorge

Bekanntlich wird jeder und sei es auch der kleinste Nebenverdienst bei der Erwerbslosenfürsorge in Anrechnung gebracht. Das hat schon viel Verbitterung hervorgerufen. Mit der geringen Unterstützung läßt sich auf die Dauer nicht leben. Verdient man aber etwas hinzu, dann wird ein entsprechender Betrag in Abzug gebracht und die Erwerbslosen geradezu zur Verzweiflung getrieben. Besonders hart wird es empfunden, wenn die Erwerbslosen unter eigener oft drückender Mannbeziehung von ihrer Wohnung etwas abermieten. Auch diese Mietsentnahmen werden ihnen zum Teil auf die Erwerbslosenfürsorge in Anrechnung gebracht. Sie das Landesarbeitsamt im Reichsarbeitsmarkt Nr. 23 vom 17. Juli fest bekanntgibt, sollen die Bezirksarbeitsämter zwecks Vermeidung von Härten im Einzelfalle unterscheiden, ob das Vermieten gewerbmäßig und in größerem Umfang oder aber nur zur Verringerung der an sich normalen Mietsätze des

Erwerbslosen infolge seiner wirtschaftlichen Bedrängnis erfolgt. Es soll auch nicht der volle Mietertrag in Anrechnung gebracht werden, sondern von dem erzielten Mietertrag soll zunächst derjenige Betrag abgezogen werden, den der Erwerbslose selbst für den abvermieteten Raum als Mietsatz zu zahlen hat. Von dem Ueberdruß soll auch ein angemessener Betrag als Abnutzungsgeld für Möbel, Betten und sonstige Inventarabnutzung abgesetzt werden, der in der Regel mit 25 v. H. des Untermietertrages in Ansatz gebracht werden soll. Der verbleibende Rest stellt das Entgelt für die Vergabe des Raumes, Bedienung u. s. w. dar und sei dem Verdienst aus Gelegenheitsarbeit gleichzustellen, also nach § 7 Absatz 4 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. 2. 24 teilweise auf die Erwerbslosenfürsorge anzurechnen. Einemgemäß sei mit dem von dem Untermieter gezahlten Betrage für Beleuchtung, Heizung, Frühlud und sonstige Beförderung zu verfahren. Auf keinen Fall dürften die Mieterträge in Pausch und Bogen mit der Hälfte auf die Erwerbslosenfürsorge in Anrechnung gebracht werden. Wo das Vermieten der Ausdruck einer besonderen Notlage sei, könne nach dem Ermessen des Vorsitzenden des zuständigen Bezirksarbeitsamtes eine Anrechnung zeitweise oder dauernd, ganz oder teilweise unterbleiben. Entscheidend sei dabei der Grad der Unterstützungsbedürftigkeit des Erwerbslosen.

Warum dieses umständliche Verfahren? Warum noch nachprüfen, wie hoch die Miete, die Abnutzungsgeld, die Bedürftigkeit, die Notlage? Warum den großen Apparat in Bewegung setzen, um dann zu entscheiden, ob die Anrechnung zeitweise oder dauernd, ganz oder teilweise unterbleiben soll? Warum dann die umständliche Erledigung der Beschwerden und Berufungen, wo es sich doch nur um Kleinigkeiten handelt, die sich ein Erwerbsloser verdient, weil er mit der Unterstützung nicht auskommen kann, und die er sich nur verdienen kann, wenn er sich selbst und seiner Familie die größte Einschränkung auferlegt. Man sollte einfach erklären, daß die Einnahme aus Zimmervermietungen, sofern es nicht in größerem Umfang gewerbmäßig geschieht, nicht mehr auf die Erwerbslosenfürsorge in Anrechnung findet. Der Erwerbslose hat doch seinen Beitrag bezahlt und deshalb auf die Erwerbslosenfürsorge auch einen gewissen Rechtsanspruch. Pensionierte Beamte und Offiziere erhalten ja auch nichts von ihrer Pension in Abzug gebracht, wenn sie nebenher noch gut bezahlte leitende Stellungen übernehmen, oder von ihren gut eingerichteten großen Wohnungen gegen weit höhere Entschädigungen etwas vermieten. Durch solche Kleinigkeiten Schikanen wird nur Verbitterung unter den Erwerbslosen hervorgerufen, ohne daß praktisch viel dabei herauskommt. Et.

Allgemeine Rundschau

Um die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation

Einheitsgewerkschaften sind die große Hoffnung. Es gibt keinen Arbeiter, der sie nicht wollte, falls die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Sie wurden unmöglich gemacht durch die parteipolitische Bindung, die Religionsfeindschaft und die einseitige materialistische Wirtschaftsauffassung der freien Gewerkschaften. Die Unabständigkeit ihrer geistigen Doktrinen schloß alle Arbeiter aus, die ihre Einstellung nicht teilen oder nicht teilen konnten, wollten sie nicht ihre wertvollsten inneren Bindungen preisgeben. Weil dem so war, mußten die christlichen Arbeiter sich in eigenen Gewerkschaften organisieren, nachdem sie jahrelang vergebens bemüht waren, den Geist der freien Gewerkschaften von innen her zu reformieren. Und das um so mehr, als sie erkannten, daß die Wirtschaft nur gesund werden könne durch die allseitig gewollte Anerkennung des christlichen Sittengesetzes. In der durch kraftvolle Wahrung der eigenen Belange fest fundierten gemeinschaftszugewandten Verständigung aller an der Produktion Beteiligten haben sie die Höherentwicklung, die gehemmt wurde durch die kapitalistische Machtanspruchslosigkeit und den aus dem gleichen Geiste geborenen Klassenkampf der Sozialdemokratie. Der rohen Gewalt stellten sie die sittliche Kraft gegenüber.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat ihnen Recht gegeben. Und so konnten wir denn in den Nachkriegsjahren eine Annäherung der freien Gewerkschaften an die Ideenwelt der christlichen Gewerkschaften beobachten. Auch suchte man nach einem Ort für die unabhängigen Triebkräfte der Religion, um die durch ihre Ausschaltung hervorgerufene innere Leere zu überbrücken. Aber das alles war leiser Wellenschlag vorläufiger Bodenständigkeit, die nur bei den Besten zu einem positiven Bekenntnis sich emporhob. War gefühlsmäßige Aufwallung, aber keine grundsätzliche Umstellung. Bis dahin ist noch ein weiter Weg, da die Masse nach dem Beharrungsgeiste in den alten Geleisen weiterdreht. Sie wollen hoffen, daß die wahre Erkenntnis sich allmählich Bahn bricht und in der praktischen Betätigung sich allenthalben auswirkt. Solange der alte Geist noch anhält, ist der Weg für die Einheitsgewerkschaft nicht frei. Sie würde lediglich ein Sammelbecken gegenwärtiger Anschauungen sein, das in kurzer Zeit am eigenen Widerspruch zusammenbrechen müßte. Die Einheitsgewerkschaft läßt sich nicht erzwingen, sondern muß in reifender Erkenntnis wachsen. Darum ist auch der neuerliche Beschluß des sozialistischen Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, der den Zusammenbruch aller im Bergbau und seinen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter zu einem Bergbauindustrieverband fordert und seinen Vorstand beauftragt, in Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Organisationen zu treten, im Augenblick als wirtschaftsfeindliche Werke zu bewerten. Verhandlungen können keine grundsätzliche Einheit der Anschauungen herbeiführen, wenn sie nicht in Kopf und Herzen aller Beteiligten vorhanden sind. Beschlüsse sind leicht gefaßt, Bestimmungen aber kumpelt man nicht von heute auf morgen um.

Schlechte Bezahlung der Kassenärzte?

Nach der in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Reichsstatistik für das Jahr 1924 wurden an die Ärzte für ihre ärztliche Tätigkeit bei Kassenmitgliedern von den reichsgesetzlichen Krankenkassen insgesamt 206 305 000 Reichsmark ausbezahlt. Bei 1 036 000 000 Mark Gesamtausgaben sind das 19,8 Prozent, womit das Arzthonorar an die zweite Stelle unter den Ausgaben der Krankenkassen tritt und nur vom Krankengeld mit 26,5 Prozent noch übertrifft wird. Der vielfachen Behauptung, daß bei den Ärzten im Vergleich zur Vorkriegszeit ein „Lohnbrud“ seitens der Ortskrankenkassen stattgefunden habe, seien folgende amtliche Zahlen gegenübergestellt:

Auf ein Mitglied entfielen an Arzthonorar	an Krankengeld
1914	6,68 R.-M.
1924	11,87 „

Demnach ist der Gesamtanwand für die Ärzte im Jahre 1924 gegen 1914 um 98 Prozent gestiegen, während der Aufwand für das Krankengeld nur eine Steigerung um 33 Prozent aufweist.

Die „Ärztlichen Mitteilungen“ geben für das Jahr 1923 eine Zahl von 35 500 Ärzten in Deutschland an. Bei gleichmäßiger Verteilung des von den Krankenkassen im Jahre 1924 bezahlten Arzthonorars in Höhe von 206 305 000 Mark würden, sofern alle diese Ärzte Kassenärzte hätten, auf jeden Arzt 5811 Reichsmark entfallen. Nachdem aber nur etwa 21 000 Ärzte Kassenmitglieder behandeln, treffen auf jeden Kassenarzt 8596 Reichsmark.

Nach den Richtlinien des Reichsausschusses für Ärzte und Krankenkassen ist bekanntlich zur ärztlichen Versorgung der Mitglieder auf 1000 Versicherte ein Arzt notwendig, so daß also für die 17 379 000 gegen Krankheit Versicherten 17 379 Ärzte genügen. Wären die Kassen nicht gezwungen, mehr Ärzte zur Kassenpraxis zuzulassen, als notwendig sind, so würde von der Gesamtansgabe für Arzthonorare auf jeden dieser 17 379 Kassenärzte der ansehnliche Betrag von 11 800 Reichsmark ausgeschüttet werden können, also das Einkommen eines höheren Beamten der Gruppe XIII der Reichsbeamtenbeurteilungsskala.

Bei dieser Sachlage wird man den Grund für die Kot einzelner Kassenärzte nicht in der angeblich schlechten Honorierung der ärztlichen Leistungen durch die Kasse suchen dürfen, sondern einzig und allein in der Tatsache der kolossalen Überfüllung des ärztlichen Standes.

Schulungskurse für evangelische Arbeiter

Zur Weiterbildung noch vielfach vorhandener Unklarheiten über wirtschafts- und sozialpolitische Fragen ist es nicht nur zweckmäßig, sondern sogar unbedingt notwendig, daß ein möglichst großer Teil der Arbeiterschaft über diese Fragen unterrichtet wird.

Diesem Zweck dienen Kurse, die von verschiedenen Stellen abgehalten werden. Neben dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserliche St. dem Deutschen Gewerkschaftsbund, ebenfalls, und dem Volksverein für das katholische Deutschland, München-Gladbach, ist wohl an erster Stelle die Evangelisch-soziale Schule, Spandau, Johannesstift, zu nennen, welche die Bedeutung dieser Kurse für die Niedergesunkenen des Volksebens nach der Wirtschaft erklärt hat. In der Ev.-soz. Schule, welche durch ihre stille, ruhige Lage besonders dazu geeignet ist, liegt in der Zeit vom 11. Juni bis 10. Juli unter der Leitung von Herrn Dr. v. Siebahn und Arbeitersekretär Müller, R. d. K., ein Arbeiterkursus. Er war von 45 Teilnehmern aus allen Gauen Deutschlands besucht, welche alle bis zum Schluß durchhielten. Unter anderem wurde folgendes behandelt: Wirtschaftslehre, Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung, Sozialpolitik, Kartellwesen, die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, Arbeitsrecht, Betriebsratgesetz, Rechtschutzproben, soziale Versicherung (Invaliden-, Kranken-, Unfallversicherung usw.), Innere Mission, Arbeitervereine u. s. f.

Von den mitwirkenden Lehrern seien genannt: Dr. Adam Stragatsch, Volktruid, R. d. K.-B.-K., Dr. Koch, Dr. Clausen, Kurtzow, R. d. K., Schrens, R. d. K., Joss, R. d. K., Prof. Straßbad, Tuden, Schurack, Piller, Kadosh usw.

Es ist im gewerkschaftlichen Interesse dringend erwünscht, daß recht viele evangelische Kollegen an den Kursen teilnehmen.

Aus dem Verbandsleben

Verwaltungsstelle Dortmund Halbjahresbericht. Das erste Halbjahr 1925 gehört der Bergbauarbeit an. Zur die Arbeiterschaft brachte es Kot und Unbehagen, hervorgerufen durch die Arbeitslosigkeit, die in erschreckender Weise sich im Bereiche unserer Verwaltungsjurisdiktion breitmachte. Eine Reihe nach der anderen wurde stillgelegt oder die Beschäftigungsfähigkeit gewaltig herabgedrückt. Die Industrieanlagenlegung bzw. Umstellung brachte das Baugewerbe in den Boden betroffenen Lagen zum Erliegen. Die Bauprogramme der Kommunen kamen viel zu spät heraus, wohl aus dem Grunde, weil man durch die Abschaffung der Hauszinssteuerverträge nicht recht wußte, welche Beiträge zur Verfügung standen. Die Städte Dortmund und Paderborn haben sich Hilfe gegeben, den Baumarkt zu beleben, welches in der letzten Zeit auch gelungen ist. In den übrigen Orten sieht es auch heute noch traurig aus.

Von unseren Mitgliedern waren in den ersten drei Monaten im Durchschnitt 50 Prozent arbeitslos und in dem zweiten Vierteljahr noch 30 Prozent. Wenn man bedenkt, daß der Monat April bis Juli die besten

Monate sind, so ist diese Zahl erschreckend groß zu nennen. Bei den Submissionen konnte man merken, daß auch im Unternehmerlager die Arbeitslosigkeit bitter empfunden wurde. Der eine unterbot den andern. Freie für das Kubikmeter Mauerwerk mit Material für 21,50 Mark wurden angeboten, und dann wird von den Mauern verlangt, 1000 bis 1200 Steine durchschnittlich zu verarbeiten. Des weitern wurde verlangt, um die Geschäftsunkosten herunterzubringen, mindestens zehn Stunden zu arbeiten; wer das nicht will, kann gehen. So wurde die Zahl der Erwerbslosen künstlich hochgehalten, bis in einer Stadtverordnetenversammlung ein Antrag des Zentrums angenommen wurde, der besagt, daß an allen städtischen und den mit Hauszinssteuerhypotheken finanzierten Bauten als Höchstleistungszeit die achtstündige Arbeit in Frage kommt. Dieser Antrag ist heute durchgeführt, und dadurch konnte eine Anzahl Kollegen noch eingestellt werden. Außerdem fand eine Besprechung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertreter statt, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die Arbeitslosen möglichst in Arbeit zu bringen. Es wurde beschlossen, durch Rundschreiben jene Firmen, die größere Bauaufträge haben, zu bitten, möglichst Doppelschicht einzulegen. Diesem Wunsche sind einige Firmen nachgekommen. Dadurch war es wiederum möglich, einen Teil Kollegen in Arbeit zu bringen.

Trotz der Arbeitslosigkeit war der Organisationsgeist gut, war es doch möglich, noch 331 Neuaufnahmen zu machen. 42 Kollegen traten aus anderen Verbänden zu uns über, so daß 376 Kollegen dem Verband neu zugeführt wurden. Auch die Beitragsleistung war zufriedenstellend, wenn man bedenkt, daß 15 474 beitragsfreie Marken an die Mitglieder infolge Arbeitslosigkeit abgegeben werden mußten. Die Einnahme aus verkauften Beitragsmarken betrug 27 318,90 M. In der Berichtszeit wurden in 105 Mitgliederversammlungen Vorträge gehalten bzw. Bericht erstattet über den außerordentlichen Verbandstag in Darmen. In 44 Sitzungen des Vorstandes, der Vertrauensleute und Baubelegierten wurden die internen Verbandssachen besprochen.

Wir wollen hoffen, daß durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung die Arbeitslosigkeit eingedämmt wird und sich so das zweite Halbjahr 1926 freundlicher für die Bauarbeiter gestaltet als das erste. S. Petri.

Jugendbewegung

Lehrlingszuchterei

Recht eigenartige Zustände in der Lehrlingshaltung haben sich bei den Unternehmern Bernhard und Anton Gladen in Buer i. W. herausgebildet. Man gewinnt den Eindruck, als wenn die Bauern nur mit Lehrlingen hochgeführt werden sollten. So konnte unsere Verbandsleitung auf acht Baustellen dieser beiden Unternehmer neben 28 Gesellen zirka 36 Lehrlinge einstellen! Ja, auf einer Baustelle betonierten 18 Lehrlinge mit einem Einjähriger und einem jugendlichen Hilfsarbeiter. Die Firma Anton Gladen wurde dieserhalb von uns zur Rede gestellt. Als Antwort erhielt unser Vertreter, sie, die Unternehmer, wüßten, was sie täten, und ließen sich nicht von den Gewerkschaften dazureden. Auf unsere Vorhaltung, daß bei einem solchen Verhältnis an eine gewissenhafte und qualitative Ausbildung der Jungen doch nicht zu denken sei, wurde entgegnet, die Firma sei der Auffassung, daß gerade bei diesem Zustande die Lehrlinge etwas lernten, weil sie an alle Arbeiten gestellt werden könnten. Sie waren sprachlos ob solcher „Jachmännischer“ Ansicht, und gaben unserer Meinung darüber unvorhöhlen Ausdruck. Es wurde beiden Firmen erklärt, daß die Handwerkskammer in Münster von dieser Lehrlingszuchterei unterrichtet wurde.

Am 27. Mai wandte sich die Verbandsleitung in einem Schreiben an die genannte Handwerkskammer, mit dem Ersuchen um Abstellung dieses schrecklichen Mißverhältnisses zwischen Gesellen und Lehrlingen. Leider war nach drei Wochen noch keine Antwort eingegangen, so daß unsere Bezirksleitung sich erneut am 21. Juni dorthin wandte. Diesmal wurde kurz geantwortet, daß Erhebungen in dieser Angelegenheit angeestellt seien, und würde über deren Ergebnis nähere Mitteilung erfolgen.

Solche Lehrlingszuchterei, die, wenn auch vielleicht nicht so trag, sicherlich auch anderwärts zu verzeichnen sein wird, zeigt, wie die Unternehmer die wirtschaftliche Notlage ausnützen. Man will auf diesem Wege einmal billige Arbeitskräfte erhalten, dann aber auch erzielen, daß die arbeitslosen Bauarbeiter keine Arbeit bekommen. Diesem schädlichen Treiben der Arbeitgeber muß überall entgegengetrieben werden, schon deshalb, weil ein qualitativ anreichernder Nachwuchs durch solche Massenankermung nicht erfolgen wird. Andererseits führt dieser Zustand aber auch zu einem inditellen Druck auf die Löhne, weil der solide Meister mit diesen Lehrlingszuchttern nicht konkurrieren kann.

Volkswirtschaft

Die Konkurrenz im ersten Halbjahr 1926. Obwohl die Anzahl der Konkursöffnungen in den Monaten April bis Juni stark zurückgegangen ist und nur 229 gegen 613 in den Monaten Januar bis März betragen, hat sich die Zahl der Konkursfälle im ersten Halbjahr gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit mehr als verdoppelt. Es wurden nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitung „Die Bank“ im 1. Halbjahr 1926 992 Konkursfälle eröffnet gegen 454 im 1. Halbjahr 1925. Noch ungleich härter ist die Steigerung bei den neuverhängten Geschäftsausschüßen. Hier ist die Ziffer von 570 im 1. Halbjahr 1925 auf 677 im ersten Halbjahr 1926 gestiegen.

Bau-Rundschau

Wohnungsnot und Wohnungsbau in Baden

Die allgemeinen Ursachen der Wohnungsnot in Deutschland und darüber hinaus in Europa sind genügend bekannt. Besonders hat nach Beendigung des Krieges eine außerordentliche Vermehrung der Eheschließungen stattgefunden. Diese Entwicklung für Baden erhellt aus folgender Uebersicht über die Eheschließungen vom Jahre 1910 bis 1923:

Jahr	Zahl der Eheschließungen	Jahr	Zahl der Eheschließungen
1910	15 288	1917	9 065
1911	15 339	1918	10 390
1912	15 717	1919	28 489
1913	15 284	1920	31 952
1914	13 828	1921	25 398
1915	8 038	1922	23 701
1916	7 786	1923	20 776

Nach der Volkszählung von 1910 betrug die Bevölkerung Badens 2 142 833, bei der Zählung im Jahre 1919 bereits 2 195 580 und nach der Zählung vom 16. Juni 1925 insgesamt 2 312 462. Die Zunahme gegenüber 1910 beträgt also rund 170 000. Nimmt man etwa 4 Personen auf einen Haushalt an, so dürfte die Zahl der Haushaltungen nur um 42 500 gestiegen sein. Das entspricht dann nicht der tatsächlichen Entwicklung. Die Zahl der Haushaltungen betrug im Jahre 1910 462 667. Jetzt aber beträgt sie 544 451, also 82 000 mehr. Durch diese starke Zunahme der Haushaltungen ist heute die tatsächliche Wohnungsnot bedingt.

In Baden kommt hinzu, daß in den Jahren 1919 bis 1923 zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen werden mußten, zunächst aus den abgetrennten und besetzten Gebieten, aus dem Ausland (Elsaß-Lothringen, Schweizer Wehrleute). Nach den Erhebungen vom Jahre 1921 hatte sich von den Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen etwa ein Viertel, ungefähr 32 000, allein in Baden niedergelassen. Die Gesamtzahl der in Baden Lebenden Flüchtlinge betrug damals bereits 40 000 Köpfe oder etwa 10 000 Familien. Im Jahre 1923 kamen während des Ruhrkampfes noch neue Flüchtlinge hinzu.

Aus der Statistik über die Zunahme der Haushaltungen ist zu entnehmen, daß jährlich in Baden ein Wohnungsbedarf von ungefähr 5500 als normal angesehen werden kann. Daraus lassen sich Schlüsse ziehen über den tatsächlichen Wohnungsbedarf.

Die Bedarfsermittlung ist verschiedentlich versucht worden. So wurden in Baden dreimal Erhebungen in allen Gemeinden des Landes angestellt.

am 1. Januar 1920	12 523 Wohnungen
Ende Oktober 1920	18 362 „
am 1. Januar 1922	26 492 „

Seitdem wurden vierteljährlich in den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern regelmäßige Erhebungen gemacht. Diefelben zeitigten folgendes Ergebnis:

	Wohnungsuchende Haushaltungen in ganzen	davon (2) wohnungslose Familien	davon (3) in Notwohnungen	dringliche oder vorbringliche Wohnungsgesuche
	1	2	3	4
1. 4. 1922	26 169	4 327	17 373	10 957
1. 1. 1923	29 995	5 132	19 407	13 513
1. 1. 1924	31 710	4 492	21 791	16 045
1. 10. 1924	31 441	4 725	22 328	17 160
1. 1. 1925				17 316
1. 4. 1925				17 058
1. 7. 1925				17 683
1. 10. 1925				17 542
1. 1. 1926				17 444

Demnach ist der Wohnungsbedarf in den Städten Badens ungefähr der gleiche geblieben. Das bedeutet, daß es in Baden gelungen ist, den jährlichen Neubedarf an Wohnungen zu decken, daß lediglich das Wohnungsdefizit aus der Nachkriegszeit geblieben ist.

Daß die Zahl 17 444 für die dringlichen Wohnungsgesuche mit der größten Vorsicht anzunehmen ist, das ergibt sich daraus, daß am 1. Oktober 1924 unter 31 441 wohnungsuchenden Haushaltungen 22 328 in Notwohnungen untergebracht waren, also in Wirklichkeit nur 9000 ohne Wohnung sich befanden haben.

Nach einer anderen Berechnungsart würden gar nur 5000 Wohnungen fehlen, was offensichtlich zu wenig ist. Das badische Ministerium des Innern nimmt in seiner Denkschrift an, daß etwa 25 000 Wohnungen notwendig sind, daß demnach auf 1000 Einwohner 12 Wohnungen fehlen.

Sterbetafel

Am 16. Juli starb infolge eines Unglücksfalles unser treuer Kollege **Karl Stork** (Zimmerer). Derselbe war 24 Jahre Mitglied unseres Verbandes.
Verwaltungsstelle **Münster i. W.**

Am 20. Juli starb unser pflichttreuer Kollege, der Maurer **Karl Metz**, gelegentlich eines Besuchs in seinem Heimatort Jordan, im Alter von 25 Jahren an Strychdurchfall.

Ortsgruppe **Berlin.**

Ehre ihrem Andenken!